

Wien erhöht Gehälter: 3,5 Prozent mehr für Gemeindebedienstete!

Gehaltsanpassungen in Wien: Erhöhung für Landesregierung und Gemeindebedienstete ab Jänner 2025 – ein Signal der Wertschätzung.



Wien, Österreich - In Wien gibt es bedeutende Änderungen hinsichtlich der Gehaltsstruktur. Die Bezüge für die Landesregierung sowie die Landtagsabgeordneten werden erhöht, wie ein Sprecher des zuständigen Stadtrats, Jürgen Czernohorszky (SPÖ), am Mittwochnachmittag der APA mitteilte. Die Anhebung basiert auf gesetzlichen Vorgaben des Rechnungshofs, die eine Gehaltsanpassung vorschreiben. Ein Beschluss des Landtags wäre nötig gewesen, um von der gesetzlichen Regelung abzuweichen, doch der Wiener Landtag hat in diesem Jahr nicht mehr tagt, weshalb eine solche Entscheidung nicht getroffen werden kann, so die Stellungnahme des Stadtrats.

Gleichzeitig freut sich die Stadt Wien, dass die Gehälter der Gemeindebediensteten ebenfalls im kommenden Jahr steigen. Ab Januar 2025 werden die Löhne um 3,5 Prozent erhöht, was mindestens 82,40 Euro und maximal 437,80 Euro ausmacht. Diese Einigung wurde nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft younion erzielt. Czernohorszky betont, dass die Mitarbeiter der Stadt Wien von dieser Erhöhung profitieren müssen, da sie essentiell für das Funktionieren der Stadt sind. Christian Meidlinger, Vorsitzender von younion, äußerte sich zufrieden über die erfolgreiche Sozialpartnerschaft und die Verhinderung einer Nulllohnrunde, wobei er die teilnehmenden Kollegen für ihren Einsatz bei der Demo vor dem Bundeskanzleramt lobte, wie auf **Die Presse** erwähnt wird.

Anpassungen im öffentlichen Dienst

Die Entscheidung, die Gehälter der Gemeindebediensteten zu erhöhen und gleichzeitig die Erhöhung für die Landesregierung und Landtagsabgeordnete zu beschließen, steht im Kontext einer breiteren Diskussion über politische Verantwortung während wirtschaftlicher Herausforderungen. Während die Wiener SPÖ die Erhöhung durchführt, haben die NEOS eine Nulllohnrunde für die Bundespolitiker gefordert und betont, dass angesichts der finanziellen Belastungen für die Bevölkerung auch die Politik ein Zeichen der Einsparungen setzen sollte. Ein Sprecher der NEOS erklärte, dass im Regierungsumfeld eine klare Botschaft nötig sei: „Wir sparen bei uns selbst“, berichtete die **ORF**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• wien.orf.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at